

Ganzjährig . . .	8 fl. 40 kr.
Halbjährig . . .	4 „ 20 „
Vierteljährig . . .	2 „ 10 „
Monatlich . . .	— „ 70 „

Ganzjährig . . .	12 fl. — kr.
Halbjährig . . .	5 „ 50 „
Vierteljährig . . .	2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 20 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

# Tagblatt.

Königsplatz Nr. 81 (Buchhandlung von B. v. Feinmann & S. Bamberg).

Für die einspaltige Zeitzeile 3 kr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 kr. dreimal à 7 kr. Inserationsraumel jedesmal 30 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 157.

Mittwoch, 12. Juli 1871. — Morgen: Margaretha.

4. Jahrgang.

## Unsere konstitutionellen Lehrmeister.

Die Aera „objektiver Belehrung und Erziehung,“ die uns jüngst vom Preszbureau des Grafen Hohenwart in Aussicht gestellt worden, scheint ihren Anfang nehmen zu wollen. Wir haben nämlich heute eine sonderbare Probe politischer Schulmeisterei unserer Provinzoffiziosen zu verzeichnen. Haltet euch an meine Worte und nicht an meine Thaten, das scheinen sich vor allem unsere Lehrmeister vom Preszbureau zum Wahlspruche erkoren zu haben. Zur „Konsolidierung unseres Verfassungslebens,“ so betitelt sich das neueste Erguß dieser Hochschule „wahrhaft österreichischer“ Staatsweisheit. Nach dem tiefstimmigen Spruche Salomons, daß alles eitel, nichts vollkommen unter der Sonne, wird gleich anfangs bemerkt, daß keine Verfassung der Welt von ihrem Anbeginn an vollkommen sei. Erst durch ihre „faktische Uebung“ werde es erkennbar, wo sie mangelhaft ist, wo sie der Abänderung bedarf. Diese Sätze sind von so verblüffender Wahrheit, daß sie gewiß jedermann gerne unterschreiben wird. Namentlich, um von den allgemeinen Sätzen des offiziosen Schulmeisters gleich die praktische Anwendung auf unsere Verfassungszustände zu machen, haben wir in Oesterreich während der kurzen Periode unsere Verfassungslebens ausgiebige Gelegenheit gehabt, uns von der Mangelhaftigkeit unserer geschriebenen Verfassung zu überzeugen. Haben wir doch erst jüngst zu unserem Schrecken die Erfahrung gemacht, daß wir noch himmelweit von jenem Vorzuge der englischen Verfassung entfernt sind, wonach die Staatsregierung einen starken Schutz gegen die Ausschreitungen

und Maßlosigkeiten der Parteien, wie gegen die Willkür der Beamten darbietet, von dem unschätzbaren Vorzuge, wonach der Staatsbürger immer nach demselben Gesetze beurtheilt und dies Gesetz gleichmäßig ausgelegt wird, mag ein liberales oder konservatives Ministerium an der Spitze stehen. Zu unserem nicht geringen Erstaunen erweist sich diese unsere Verfassung so mangelhaft, daß ein Ministerium mit seinem unparlamentarischen Ursprunge groß thun und Versuche machen kann, die Verfassung auf dem verfassungsmäßigen Wege aus den Angeln zu heben.

Jede neue Verfassung, wie überhaupt jede legislatorische Arbeit, heißt es weiter in der offiziosen Belehrung, sei eigentlich nur eine „theoretische Sägung,“ deren Werth erst in der Praxis seine Probe zu bestehen hat. Wie ist es aber möglich, fragen wir, den Werth einer Verfassung, eines Gesetzes in der Praxis seine Probe bestehen zu lassen, wenn man es, noch bevor man recht an die Durchführung gegangen, oder die dazu geeigneten Organe beschafft hat, auf den Wunsch der Verfassungsfeinde und den Reaktionären zu Liebe an die Abänderung geht, wenn man mit Leuten ausgleicht, die ein Interesse daran haben, daß die Verfassung eine „theoretische Sägung“ bleibe und nie in der Wirklichkeit sich erprobe und Leben gewinne? Ja, wenn man der offenen Anfeindung und Unterwühlung der Gesetze ruhig zusieht, so daß es ganze Volksstämme und Parteien gibt, die aus einem von ihnen erhobenen Proteste gegen die Grundbestimmungen der Verfassung das Recht ableiten können, selbe nicht anzuerkennen, sondern mit allen Waffen zu be-

kämpfen; wenn die, welche für Anerkennung und Durchführung derselben eintreten, sogar von den Regierungsorganen gehöhnt und verspottet werden?

Nachdem unser Offizioser auf solche Art hergebracht, daß unsere Verfassung mangelhaft, daß sie bloß eine „theoretische Sägung,“ welche nach den Mängeln, die bei der praktischen Durchführung zu Tage treten, modifizirt werden muß, geht er über auf das, „worauf es vor allem ankomme, damit eine Verfassung sich konsolidire.“ Das zu erreichen sei nach dem Gesagten eine pure Kinderei. Man müsse nämlich fortwährend bestrebt sein, allen berechtigten Interessen in der Verfassung Raum zu geben und dieselbe immer so zu gestalten, daß keines dieser Interessen gezwungen wird, sich außerhalb der Verfassung zu halten und hiedurch zum Gegner derselben zu werden. Dafür wird das Beispiel Englands, dieses konstitutionellen Musterstaates, angeführt, wo das Verfassungsleben nur deshalb so feste Grundlagen gewonnen habe, weil das Parlament jederzeit eine Fülle von Staatsmännern in seiner Mitte zählte, die jede Unduldsamkeit, jedes starre Festhalten an unmöglich gewordenen Formen sorgfältig vermieden und mit ängstlicher Bedachtnahme auf die an sie herantretenden Forderungen die Verfassung endlich zu einer festen Burg für die Interessen aller gestalteten. Man beachte einmal die politische Taktik und die heuchlerische Verdrehung nicht bloß konstitutioneller, sondern geschichtlicher Wahrheit, wie sie in diesen Sätzen hervortritt. Wen glaubt man denn heutzutage noch mit solch gleichnerischen Worten zu täuschen? Wo enthält unsere Verfassung eine Bestimmung, welche be-

## Feuilleton.

### Ein Franzose über Frankreich.

Eine Pariser Vierteljahrschrift, welche vorwiegend wissenschaftlich-geschichtliche Aufsätze enthält, die „Revue des questions historiques,“ bringt in dem ersten seit dem Ende des Krieges erschienenen Hefte eine Chronique von Leon Gautier, worin folgende Geständnisse vorkommen:

„Unser gegenwärtiges Unglück kommt nicht von dem Glück unserer Feinde, sondern von unserer innern Fäulniß. Unsere Laster sind es, die uns tödten. Wenn Preußen gesiegt hat, so hat es das allerdings dem unbestreitbaren Talent des Herrn v. Moltke, aber vor Allem der unbeschreiblichen Unwissenheit aller unserer Generale und aller unserer Offiziere zu danken. Ganz kürzlich sagte mir A. Cochin mit seiner gewohnten Feinheit: Wir sind ein geistvolles Volk (un peuple d'esprit), welches nicht gearbeitet hat, und wir sind geschlagen von einem Volke, welches keinen Geist besitzt, aber gearbeitet hat.“ O Franzosen, o Athener, o ihr ganz geistvollen und bezaubernden Leute, beachtet wohl diese letzten Worte, die den Schlüssel zu unserm Unglück enthalten! Wir sind das lebenswürdigste und das — trügste aller Völker.

„Die Revue des questions historiques hat

ihre Pflicht nicht veräußt. Seit vier oder fünf Jahren haben wir unsere Leser unaufhörlich auf die Gefahren der Unwissenheit und der Trägheit aufmerksam gemacht, ihnen die Deutschen als Vorbild vorgehalten und ihnen in allen Tonarten zugerufen: „Arbeitet, arbeitet!“ Wir haben namentlich auf die Nothwendigkeit einer Hebung der geographischen und historischen Studien hingewiesen. Unsere Stimme muß die eines Predigers in der Wüste gewesen sein; die „Revue“ kann nicht viele Leser in unserer Armee gehabt haben.

„Ich werde hier einen sehr empfindlichen Punkt berühren eine schlecht geheilte Wunde wieder aufreißen, aber es geht nicht anders. Um alles in wenigen Worten zu sagen: Die Unwissenheit des französischen Offiziers war unbeschreiblich groß. Aus der politechnischen Schule oder aus Saint-Eyr kommen unsere jungen Leute voll Feuer und Licht; das Garnisonsleben löscht sie in wenigen Minuten aus. Ein Unter-Lieutenant von 25 Jahren war in kurzer Zeit ebenso verbraucht (usé), wie der älteste Kapitän seines Regiments, und das will viel sagen. Fast überall brachten unsere Offiziere sieben Achtel des Tages im Café des Theaters zu: vor dem Frühstück Absinth, nach jedem Mahle Kaffee und was dazu gehört, zwischen dem Frühstück und Diner Spazierengehen, Billard und Langeweile, des Abends das Theater. Das sind — mit glänzenden Ausnahmen, die man sich so zahlreich denken mag,

wie man will — die Offiziere, die wir den Preußen entgegengestellt haben.

„In der politechnischen Schule wurden die jungen Leute noch durch die Hoffnung gehalten, eine gute Note beim Examen zu bekommen. So war es dort noch Sitte, zu arbeiten. Aber in der Ecole d'application zu Metz war es anders; der alte Eifer erkaltete dort in merkwürdiger Weise. Ich glaube die Wahrheit nicht zu verletzen, wenn ich sage, daß gewisse deutsche Offiziere, die man nach Metz sandte, um dem Unterrichte beizuwohnen, die fleißigsten waren. Saint-Eyr bot kein trüblicheres Schauspiel: man arbeitete freilich fleißig, um dort einen Platz zu bekommen; aber hatte man diesen erlangt, so erlosch der Eifer. Einige gute Köpfe, welche den Generalstab im Auge hatten, suchten freilich ihren Platz unter den 30 besten Schülern zu behaupten; aber das war auch ungefähr alles. Namentlich wurden in Saint-Eyr Geographie und Literatur verachtet und gehaßt. Ein ausgezeichnete Professor, Herr Broutta, hat sich dort viele Mühe gegeben, mit sehr geringem Erfolg. Es ist derselbe Gelehrte, den ich im Cercle catholique ganz vortreffliche Vorlesungen über Geographie halten hörte — vor 5 Zuhörern, während 200 bis 300 junge Leute ganz in der Nähe waren und — Billard spielten.“

(Schluß folgt.)

rechtigte Interessen verletzt? Wodurch wird ein Volksstamm, eine Partei gezwungen, sich außerhalb der Verfassung zu halten und sich mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung zum erklärten Gegner derselben hinzupflanzen? Welche Staatsmänner haben bei uns starres Festhalten an unmöglich gewordenen Formen proklamirt oder sich geweigert, durch zweckmäßige Abänderungen die mangelhafte Verfassung den sich fortwährend entwickelnden Bedürfnissen anzupassen? Die Verfassungspartei in Oesterreich ist einer Umwandlung einer früher zu Recht bestehenden Verfassung gewiß nicht abgeneigt, das hat sie bewiesen durch das Verlassen des zentralistischen Standpunktes und durch die in der Dezemberverfassung der Autonomie der einzelnen Länder gewährten und noch in Aussicht gestellten Zugeständnisse. Nicht sie ist es daher, welche die Sondergelüste der Deklaranten, die von einer gemeinsamen Verfassung der Völker Oesterreichs überhaupt nichts wissen wollen, großgezogen, welche die Reichsrathsflucht und den Parlamentsstrikte zum gesetzlichen Auskunftsmitel erhoben und die Fahnenflüchtigen mit Ministerportefeuilles belohnt hat.

Und erst der geniale Hinweis auf England, den konstitutionellen Musterstaat! Der Offiziose der Residenz muß uns Provinzbewohner für lauter Idioten halten, denen man auch das abgeschmackteste und verlogenste, was je ausgesprochen ward, bieten kann. Seit der Unionsakte mit Schottland, 1707, und der Union mit Irland, 1800, gab es zwar im englischen Parlament wie immer eine Opposition, die gegen einzelne Akte der Regierung ankämpfte, welche Abänderungen in der gemeinsamen Verfassung beantragte und durchsetzte und zu Zeiten das Ruder des Staates in die Hand bekam; aber mit grundsätzlichen Feinden des Staates und der Verfassung, die sich außerhalb des Parlaments halten und die Massen aufregen, haben Englands Regierungsmänner nie und niemer paktirt. In Schottland galt die Union noch lange für ein großes Uebel, und zahlreich und mächtig waren die Jakobiten und Feinde der englischen Verfassung; aber die Geschichte kennt keinen einzigen Fall, daß mit ihnen als solchen unterhandelt worden wäre, daß man ihnen zuliebe Grundbestimmungen der Verfassung abgeändert oder gar verletzt hätte. Sie wurden einfach als Rebellen behandelt und vernichtet. Als in Irland das Volk, politisch aufgeregt und durch die Wühlereien des ultramontanen Klerus erhit, Losreisungspläne hegte, als man dort heftige Opposition gegen die sogenannten „gottlosen Schulgesetze“ machte, der religiöse und politische Hader mehr als einmal zu blutigen Auftreten geführt und Ausnahmsmaßregeln nöthig gemacht, wurden die Häupter und Rädelstörer Jung-Irlands: Smith O'Brien, Mitchell, Duffy, Meagher u. s. w. festgenommen und zur Deportation verurtheilt. Denselben kurzen Prozeß machte man unlängst mit den Häuptern der Fenier. Agitation und Wühlerei gegen die Staatsgrundgesetze ist dort wie überall einfacher Hochverrath und wird als solcher geahndet, und thäte es ein englischer Minister nicht, so verfiel er selbst dem Gesetze. Das ist, mit Verlaub des offiziösen Schulmeisters, englische Praxis.

Wir sind weit entfernt durch Anführung dieser Thatfachen unsern Repealern, Feniern und Verfassungsgegnern gegenüber ein ähnliches summarisches Verfahren anrathen zu wollen, aber vor offener Geschichtsfälschung beim Hinweis auf Englands Verfahren in solchen Dingen, vor „Staatsmännern“, die ihren Ruf dem Umstande verdanken, daß sie außer dem Parlamente mit offenen Verfassungsgegnern paktiren, wollen wir gewarnt haben, und vor offiziösen Lehramtstricken, die mit solchem Humbug hausiren gehen und sich vermessen, den Deutschen in Oesterreich konstitutionelle Vorlesungen zu halten.

## Politische Rundschau.

Saibach, 12. Juli.

**Inland.** Die Entrüstung, welche der letzte Parlamentsstrikte der Föderalisten in allen Kreisen

hervorgerufen, hat denn doch so viel gewirkt, daß am Montag das Haus in beschlußfähiger Anzahl versammelt war. Die kurze Verhandlung, welche dem Beschlusse über das Kavalleriegesetz vorausging, war sehr lehrreich. Einmal zeigte sie dem Volke, wo seine wahren Freunde, die Freunde des Rechtes und der öffentlichen Wohlfahrt, wo die wahre Treue für das Vaterland zu finden ist, andererseits zeigte sie aber auch, welcher Erschütterung des öffentlichen Rechtszustandes wir entgegen gehen, wenn das Parlament nach Hause geschickt ist. Alle Welt hat bis nun im Wehrgesetz gelesen und vermeint richtig gelesen zu haben, daß der Militärdienst drei Jahre in der Linie und sieben Jahre in der Reserve betrage, und daß die Wehrmannschaft während der ganzen sieben Reservedienstjahre dreimal durch je vier Wochen zu den Waffenübungen einzuberufen sei, den Kriegsfall natürlich ausgenommen. Nun kommt der Ministerpräsident und legt das Wehrgesetz wie folgt aus: „Es ist von Seite der Herren Redner, welche gegen den Entwurf gesprochen haben, sich darauf bezogen worden, daß nach dem Gesetze eine aktive Dienstleistung nur in der Dauer von drei Jahren stattgefunden habe. Diese Annahme ist, wie mir scheint, im Gesetze nicht begründet (Widerspruch links); im Gesetze steht nichts von einer dreijährigen aktiven Dienstleistung, denn § 4, auf den sich berufen wurde, lautet ganz einfach dahin, „die Dienstpflicht dauert im stehenden Heere und in der Kriegsmarine 3 Jahre in der Linie, 7 Jahre in der Reserve.“ An dieser gesetzlichen Bestimmung, auf welche sich eben der Herr Vorredner beruft, wird durch den vorliegenden Gesetzesentwurf nichts geändert; der Mann wird nach dreijähriger Dienstzeit ohne weiteres in die Reserve übersezt und er dient das vierte Jahr faktisch als Reservist.“ Das ist doch ein ganz unbezahlbarer Einfall! Man nennt den Mann, wenn seine gesetzlichen drei Dienstjahre um sind, „Reservist“, hält ihn aber faktisch ein Jahr länger im aktiven Dienste zurück. Das ist vermuthlich die „wahrhaft österreichische“ Ehrlichkeit. Leider ging die Majorität weder auf diesen feinen Gedanken, noch auf die weitere Behauptung des Herrn Ministerpräsidenten, daß der oberste Kriegsherr thatsächlich das Recht habe, mitten im Frieden die Armee auf den Kriegsstand zu kompletiren, ein, sondern sie ließ erst dem Grafen durch Dr. Vanhans den eigentlichen Begriff der Reserve klar machen und verwarf sodann bei der Abstimmlung, trotz des gegenheiligen Botums des Herrenhauses die Regierungsvorlage zum zweiten male. Wenn Graf Hohenwart behauptet, im Wehrgesetze stehe nicht, daß der Militärdienstpflichtige „nur“ drei Jahre aktiven Liniendienst habe, er könne auch bedingungslos „als Reservist“ zum Dienst herangezogen werden, so hätte er mit eben so vielem Rechte und jesuitischer Logik sagen können, in Oesterreich bestehe eine zehnjährige Dienstpflicht. Nun denke man sich diese Auslegungskunst auf die Verfassung angewendet, dann wird man einen Begriff von der gerühmten „Verfassungsmäßigkeit“ dieses Kabinetts erhalten. Uebrigens verdient erwähnt zu werden, daß selbst der „Dziennik polski“ den von den Polen und Slovenen in Szene gesetzten parlamentarischen Strikte in der Samstagsitzung des Reichsrathes ein „schändliches Reaktionsgebahren“ nennt.

Gestern wurden, wie bereits telegraphisch gemeldet, beide Häuser des Reichsrathes vom Kaiser auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Polonisirung der Universität Lemberg ist also wirklich beschlossen worden. Die „Wiener Zeitung“ bringt die Mittheilung, daß der Kaiser sämtliche Beschränkungen polnischer und ruthenischer Vorträge aufgehoben habe, sowie daß künftig auf die Lehrkanzeln der juridischen und philosophischen Fakultät nur Kandidaten berufen werden können, die einer der beiden Landessprachen vollkommen mächtig sind. Damit ist die deutsche Wissenschaft aus Lemberg verbannt; den Ruthenen wird der Erlaß schwerlich zu gute kommen, sondern nur den Polen.

Der „Ezas“ bringt einige Details über diese Polonisirung, die wir hiemit reproduziren: Die Lemberger Universität ist also polnisch, doch soll das Recht der Ruthenen „entsprechend“ gewahrt werden. Von nun ab kann jeder Professor polnisch vortragen, und kein Professor darf ernannt werden, der der polnischen Sprache nicht vollkommen mächtig ist. Was die deutschen, der polnischen Sprache nicht mächtigen Professoren betrifft, so wird ihnen drei Jahre zum Erlernen des Polnischen Zeit gelassen, d. h. sie werden auf das Aussterbe-Etat gesetzt und ihre Nachfolger werden Polen sein.

**Ausland.** Das Wiederauftauchen der nord-schleswig'schen Frage wird von der „Elberfelder Zeitung“ bestätigt. Nach den Informationen dieses Blattes soll das Berliner Kabinet in direkte Verhandlungen mit Oesterreich getreten sein, um in Folge der Weigerung Dänemarks, sich mit den rein dänischen Theilen Schlesiens zu begnügen, der im Artikel V des Prager Friedens übernommenen Verpflichtung enthoben zu werden. Auch in Kopenhagen spricht man wieder von dieser Frage. Man hat dort den Plan, den Deutschen für Nordschleswig die westindischen Kolonien St. Thomas und St. Croix, die schon Amerika zurückgewiesen hat, anzubieten.

Der deutsche Kronprinz besucht gegenwärtig mit seiner Gemalin, einer Tochter der Königin Viktoria, England. Die Londoner Journale werden nicht müde, Leitartikel zur Begrüßung desselben zu bringen. Nachdem die Times den Reigen eröffnet, folgen nun die anderen liberalen Blätter. „Wir bewillkommen“ — sagen Daily News — „den kaiserlichen Prinzen als den Repräsentanten des großen deutschen Volkes. Die Auszeichnung gebührt ihm nicht bloß im übertragenen oder konventionellen Sinne. Er repräsentirt das deutsche Volk wahrhaft, weil er in sich selber die besten Tugenden dieser edlen Rasse vereinigt. Sein männliches Leben ist überdies mit einigen der glorreichsten Erfahrungen der Nation, und seine Laufbahn mit der Erfüllung ihrer höchsten Hoffnungen identifizirt. . . . Aus den zerstreuten Elementen seiner alterthümlichen Macht mußte Deutschland durch kühne Thaten reformirt werden, und seine Fürsten haben dieselben vollbracht. Es war der Landesgebrauch und als das Ereigniß eintrat, waren sie auf ihrem Plage. Wir können Deutschland nicht ohne Bezugnahme auf die königlich preussische Familie beglückwünschen und wir können den kaiserlichen Prinzen nicht bewillkommen, ohne Deutschland zu begrüßen. Von nun an sind beide eins und unzertrennbar.“

Der russische „Regierungsbote“ veröffentlicht seit kurzem alle 14 Tage eine politische Uebersicht nach Art der Revue de la Quinzaine in der „Revue des deux Mondes“; in der letzten Uebersicht wirkt das russische Amtsblatt einen allgemeinen Ueberblick auf die momentane Situation von ganz Europa. Nachdem es die Umstände erörtert, unter denen die Jubiläumsfeier Pius IX. vor sich gegangen ist, bespricht es den Triumfeinzug der deutschen Armee und schreibt: „Es war dies ein glänzender Epilog zu dem militärischen Drama des vorigen Jahres, dessen Urheber die Franzosen selbst waren. Die Erfolge, welche Deutschland in diesem Kriege errang, sind eben so definitive wie glänzende. Als wie jeder Erfolg, sei es im Privat- wie öffentlichen Leben, Meider erweckt, konnte auch Preußen diesem Schicksale nicht entgehen. Das Geschick aber, daß Meider und Feinde gegen Preußen erheben, geschieht jedoch nur zu oft auf Unkosten der historischen Wahrheit. Aber nur diese, die in der Gegenwart um so mehr Werth hat, weil sie sich ganz einfach erklärt, zeigt klar und deutlich, warum die Deutschen so bewunderungswürdige Erfolge über die Franzosen davongetragen haben. Zufälligkeiten liefen nicht dabei unter; sie entstammen einer weit tieferen Quelle und sind die Konsequenz der gesunden Grundsätze, auf denen, Gott sei Dank, der soziale Körper in Deutschland basiert ist. Diese sekulären Grundsätze, welche seit den Anfängen der Geschichte die Fundamente des Staates und den Schutz der menschlichen

Gesellschaft bildeten, wurden im Westen eben durch die Initiative einer Nation umgestürzt, welche noch heutzutage gar viele an der Spitze der Zivilisation stehend wähen."

"La France" schreibt: „Einer unserer Freunde theilt uns über Gambetta einige nicht uninteressante Details mit. Er sagt: Wir konnten gestern einige Stunden mit dem Exdiktator Gambetta verbringen. Wir haben ihn aufgedunsen und gealtert gefunden; dagegen ist seine Brust, die vor einem Jahre so schlecht war, in sehr gutem Zustande. Er spricht immer noch viel und drückt sich mit großer Heftigkeit über die Männer aus, die ihm in der Gewalt gefolgt sind. Was uns übrigens überrascht hat, das ist, daß wir ihn um die für die Zukunft zu suchenden Lösungen sehr wenig besorgt gefunden haben. Was ihn besonders in Anspruch nimmt, das ist die Antwort, die er auf die gegen ihn in der Rede des Generals Trochu enthaltenen Angriffe geben will. Es liegt ihm am Herzen, zu beweisen, daß die Provinz ihre Pflicht so gut gethan, wie Paris, und daß, wenn wir besiegt worden, dies ausschließlich der Fehler der Regierung sei, die in der Hauptstadt zurückgeblieben. Gambetta hat sich entschieden, die Wahl des Departements Bar anzunehmen, und wünscht, daß die Wähler von Paris die Stimmen, die sie ihm gegeben, auf Ranc vereinigen. Endlich will er in Paris ein großes politisches Journal gründen, das den Titel „La Revanche“ führen soll.“

Man versichert, daß in Neapel, Florenz und Rom sich Komitee's gebildet haben, welche mit Energie die Idee der Erhebung Italiens zum Kaiserreich im Volke verbreiten und im günstigen Falle bemüht sind, durch gemeinsame Volksversammlungen über diesen „Nationalgedanken“ abstimmen und die Gesamt-Resolution vor das Parlament bringen zu lassen.

## Zur Tagesgeschichte.

— Die Zeitungen haben vor einiger Zeit ausführliche Berichte über eine in Florenz stattgefundene Verbrennung eines indischen Nabobs gebracht. Die Sache machte damals ihrer Ungewöhnlichkeit wegen großes Aufsehen, und gewiß sind noch nicht viele ähnliche Ereignisse in Europa vorgekommen. Vielleicht ist Graz dazu auserselbst, Leichenverbrennungen populär und zu einem alltäglichen Vorkommnisse zu machen. Beim Stadtrathe erliegt ein Besuch Dr. Tauschinski's, des früheren Sozial-Demokraten und jetzigen Stifter's einer anti-christlichen Religionsgenossenschaft, um Bewilligung, daß die Mitglieder dieser Gesellschaft, wenn sie sterben, nicht begraben zu werden brauchen, sondern verbrannt werden dürfen. Die Gesellschaft erklärt sich bereit, zu diesem Behufe einen Platz außerhalb der Stadt anzukaufen. Ob der Stadtrath dieses Besuch bewilligen wird, unterliegt freilich noch manchem Zweifel.

— Die von vielen Blättern gebrachte Nachricht, daß die hohe Temperatur des Mont-Cenis-Tunnels einen längeren Aufschub für die Eröffnung der Mont-Cenis-Bahn bedinge, gibt einem Fachmanne Veranlassung, nach eigener Wahrnehmung zu berichten, daß die Störung des Betriebes durch Wärme vollständig beseitigt ist, indem ein besonderes Pumpenwerk nach der Mitte des Tunnels dauernd frische Luft befördert und die so hergestellte Ventilation eine völlig genügende Abkühlung erzielt. Ueber den Einfluß, welchen die spätestens September zu erwartende Eröffnung der Mont-Cenis-Bahn auf die Verkehrsverhältnisse ausüben dürfte, ist man in schweizerischen Eisenbahnkreisen der Ansicht, daß in erster Linie die österreichische Südbahn und die Paris-Lyon-Mittelmeer-Bahn den größten Vortheil davon ziehen werden, indem der Waarenverkehr zwischen Ungarn, den Donauländern und Nord-Italien einerseits und Paris, respektive Mittelfrankreich andererseits, welcher bisher theils über Deutschland, theils zur See seinen Weg nahm, der österreichischen Südbahn, zum Theile in ihrer größten Länge, und der Strecke Paris-Lyon zufallen wird. In zweiter Linie gewinnen durch die Mont-Cenis-Bahn die schweizer Westbahn und diejenigen westdeutschen Bahnen,

welche eine Fortsetzung derselben in der Richtung von der Schweiz nach Holland bilden.

— Großes Aufsehen erregt in Kopenhagen die vor einiger Zeit erschienene Schrift „Dänemark und Deutschland.“ Der Verfasser, Obergerichtsrath Bagger, spricht ein Verdammungsurtheil über die im gegenwärtigen Jahrhunderte von Dänemark besorgte auswärtige Politik aus, weil sie wesentlich den Anschluß an Frankreich vor Augen gehabt, während Dänemark eigentlich niemals Vortheile, dagegen aber oft Demüthigungen und Verluste aus der Verbindung mit Frankreich gerntet habe. „1814 verloren wir Norwegen und 1864 die Herzogthümer. Seit Beginn dieses Jahrhunderts hat Preußen und Deutschland sich zur ersten Großmacht emporgerichtet.“ Der Verfasser stellt darauf einen für Deutschland günstigen Vergleich zwischen französischer und deutscher Heersführung, Politik etc. an und findet, daß es natürlicher wäre, wenn Dänemark seinen Stützpunkt in Deutschland suchte und Norwegen und Schweden es ebenso machen sollten. Die drei kleinen Staaten zusammen könnten kein Gegengewicht gegen 40 Millionen Deutsche bilden, welche jetzt den Rang als erste Militärmacht der Welt einnehmen. Schließlich äußert sich der Verfasser mißbilligend über die großen Ausgaben für die dänische Armee und Marine.

— Die Bierstatistik wurde neuerlich durch folgende Daten bereichert. In Baiern beträgt der Verbrauch des edlen Gerstenlafes per Kopf 80 Maß, in England 74 Maß, Belgien 51 Maß, Württemberg 40 Maß, Oesterreich 16 Maß, Frankreich 13 Maß, Schweiz 12 Maß, Preußen 10 Maß jährlich. Die Biersteuer liefert in England 133 Millionen Franken oder 7.5 Prozent aller Staatseinkünfte, in Oesterreich 40 Millionen oder 2.9 Prozent, in Baiern 18 Millionen oder 1.5 Prozent, in Frankreich 16 Millionen oder 1.9 Prozent, in Preußen 6 1/2 Millionen Franken oder 1.2 Prozent aller Staatseinkünfte.

— In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist kraft eines jüngst erlassenen Gesetzes die Armee völlig auf den Friedensfuß gestellt worden. Auf der aktiven Liste befinden sich ein General, ein General-Lieutenant, vier Generalmajore und zwölf Brigadiere. Die Armee umfaßt ein Genietorps, ein Artillerietorps und ein Signaltorps; ferner zehn Kavallerie-Regimenter, fünf Artillerie-Regimenter, 25 Infanterie-Regimenter, den Stab der Militär-Akademie und ein indianisches Pflänkerkorps. Das Heer zählt im Ganzen 35.284 Mann, und bedarf es, um es auf diesem Fuße zu erhalten, während des am 1. Juli beginnenden Fiskaljahres einer Neu-Anwerbung von 6000 Mann. Der Sold ist auf die Raten vor dem Kriege herabgesetzt worden. Nur auf diese Weise bezahlt ein Staat seine Schulden und sammelt seine Kräfte wieder.

## Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

### Total-Chronik.

— (Die nächste Theatersaison) dürfte nach längeren Unterhandlungen jetzt endlich als gesichert zu betrachten sein. Die Direktion wird Herr J. Ritter v. Wesecky-Walburg, gegenwärtig Direktor des Sommertheaters in Prag, übernehmen, eine Persönlichkeit, die sich in der Theaterwelt eines sehr vortheilhaften Rufes erfreut und für das Gelingen des Unternehmens die begründetsten Hoffnungen bietet. Als besonders erfreulich können wir melden, daß uns in der nächsten Saison auch wieder Opernvorstellungen in Aussicht stehen, eine Thatsache, über die wir im Interesse des Publikums, aber auch der Direktion selbst wahrhaft befriedigt sind, da gerade die Opernvorstellungen trotz der Mehrkosten, die sie verursachen, doch auch wieder die ergiebigste finanzielle Quelle bilden und fast sämtliche Operetten bei uns so abgepielt und bekannt sind, daß sich mit letzteren weder künstlerische noch finanzielle Erfolge von einiger Dauer mehr erzielen lassen. Wie natürlich, beanprucht der künftige Direktor für Beistellung der Oper eine sehr bedeutende Subvention. An das theaterfreundliche Publikum wird daher jetzt die Aufgabe herangetragen, durch

Subskription recht ausgiebiger Beiträge das neue Unternehmen genügend zu unterstützen.

— (Freie Lehrgegenstände.) Um den Unterricht in den freien Lehrgegenständen an den Mittelschulen des Staates und die Entlohnung der Lehrer aus dem Studienfonds zu regeln, hat sich das Ministerium für Kultus und Unterricht bestimmt gefunden, daß für ein genehmigtes freies Lehrfach das Unterrichts-Bedürfnis dann als nachgewiesen gilt, wenn an dem bezüglichen Unterrichte, sofern es sich um unvollständige Mittelschulen handelt, gleichzeitig in einer Lehr-Abtheilung wenigstens 15, an vollständigen Anstalten aber wenigstens 30 öffentliche Schüler jener Anstalt theilnehmen. Jenen Lehrfächern, welche beim Vorhandensein dieser und der übrigen Voraussetzungen ohne eine solche besondere Genehmigung gelehrt werden können, ist künftig auch die Stenografie beizuzählen. Bezüglich der Honorirung der Lehrer hat der Betrag von 60 fl. für jede wöchentliche Lehrstunde eines durch das ganze Jahr hindurch gelehrteten freien Gegenstandes als Maximum zu gelten. Der gesammte Jahresbetrag des Honorars für ein freies Lehrfach darf 500 fl. nicht übersteigen.

— (Blühende Serdenia.) Beim Gärtner Ermacora in der Gradischavorstadt blüht gegenwärtig ein Bäumchen Serdenia, das durch seine Blütenfülle und den Wohlgeruch, den es austreut, wohl einen Besuch des Gartens verlohnt. Die Blüten sind röschenartig, die Pflanze das einzige Exemplar in Laibach.

— (Der deutsche Verein in Graz) beschloß am 10. Juli in seiner Versammlung die Abhaltung eines deutschen Parteitages in Graz für die Parteigenossen in Steiermark, Kärnten und Krain und sprach den Parteigenossen und Arbeitern, welche zu dem gestrigen schönen Erfolge in Würzzuschlag mitgewirkt, seine Anerkennung aus.

— (Glaser's Rede.) Unter dem Titel „Zur Sprachenfrage in Oesterreich“ ist die treffliche Rede, welche der Reichsraths-Abgeordnete Dr. Julius Glaser in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 13. Juni gegen Dr. Costa's Antrag hielt, bei Karl Gerold's Sohn erschienen. Da wir diese Rede nur nach dem Auszuge der „Reichsraths-Korrespondenz“ brachten, so dürfte es Vielen erwünscht sein, dieselbe in ihrem ganzen Umfange genau nach dem stenografischen Protokoll kennen zu lernen. Es war daher ein ganz glücklicher Gedanke, dieselbe als Separatabdruck herauszugeben und wir wünschen lebhaft, daß die darin ausgesprochenen Ideen überall, wo kleine „interessante Nationalitäten“ ihre unberechtigten Ansprüche erheben, als wirksame Gegenwaffen lebendig werden mögen.

## Gemeinderathssitzung

am 11. Juli 1871.

Vors.: Bürgermeister Deschmann, anwesend 25 Gemeinderäthe. Der Vorsitzende ersucht um nachträgliche Genehmigung für Mehranschaffungen bei der neuen Ventilpumpe mit 20 fl. und der Auslagen bei Beschotterung der Lippa-Straße mit 391 fl. Beides wird genehmigt, der letztere Gegenstand aber nach Antrag Dr. Suppan's der Rechtssektion zur Prüfung für künftige Fälle zugewiesen.

Stedry interpellirt, ob der hiesige Brigadier auf Kosten der Gemeinde bequartiert sei und was es mit Neuherstellungen in dem Stalle desselben für ein Bewandniß habe. Der Vorsitzende bejaht erstere Frage, von Neuherstellungen sei ihm gar nichts bekannt, er werde aber sofort die nothwendigen Erhebungen und eventuell Verfügungen treffen.

Stedry wünscht, daß wegen Einhaltung des bestimmten Badeplatzes in der Gradischza eine strengere Ueberwachung statfinde; Samassa spricht das gleiche für die Laibach aus.

Samassa spricht den Wunsch aus, daß an Sonn- und Feiertagen Abends die Sternallee und die angrenzenden Straßen, da hier eine außerordentliche Frequenz statfindet, ausgiebig bespritzt werden.

Samassa stellt den Dringlichkeitsantrag, daß an der Ecke des Kasinofasschehauses zum Schutze der Passanten zwei Schutzpföcke aufgestellt werden. Dr. Schrey will, daß bei dieser Gelegenheit auch die

Frage des Standplatzes der Komfotable am Kongressplatz in Erwägung gezogen werde. Ueber Antrag Dr. Suppans wird die Dringlichkeit abgelehnt und beide Gegenstände der Polizeisektion zur Berichterstattung zugewiesen.

**Vorträge der Finanzsektion.**

Dr. Suppan referirt wegen Beschaffung der erforderlichen Geldmittel für die bevorstehenden außerordentlichen Auslagen der Gemeinde. Der Vortragende liefert ein ebenso umfangreiches als ausgezeichnetes Operat über den Gegenstand. Er entwickelt zunächst ein ausführliches Bild über die Finanzlage der Stadt, die den in der Zukunft herantretenden großen Aufgaben gegenüber hier, wie überall, eine unzureichende ist. Referent bespricht dann die Unzulänglichkeit verschiedener vorgeschlagener Projekte, z. B. eines sehr großen Zuschlages zu den direkten Steuern, eines Hypothekendarlehens, der Ausgabe von Kommunalobligationen etc. und kommt zu dem Schlusse, daß nur durch ein Lotterielehen, wie es in diesen Tagen der Stadt Innsbruck bewilligt wurde, eine günstige und allen Anforderungen genügende Kreditoperation gemacht werden könnte. Es folgt nun eine detaillierte Darstellung der notwendigen oder doch sehr wünschenswerthen Arbeiten, welche die Gemeinde auszuführen hätte: Schulhäuser, Kanalisirung, Schwimmschule, Quaibauten, Wasserleitung, Passageregulirungen u. s. w. Für alles wäre ein Lotterielehen bis zu 1 Million Gulden vollkommen ausreichend. Der Vortragende gibt nun einen ausgebreiteten Plan über Aufnahme, Tilgung und Verwendung dieses Anlehens und bemerkt, wie vortheilhaft es für beide Theile wäre, wenn das Laibacher und Innsbrucker Anlehen noch vereint emittirt und so viel bessere Bedingungen erzielt werden könnten. Sollten der Landtag oder Reichsrath wider Erwarten das vorgeschlagene Lotterielehen nicht bewilligen, so bliebe nichts übrig, als durch einen 15proz. Zuschlag zu allen direkten Steuern auf 2 Jahre wenigstens die Mittel zu dem absolut unauflöslichen Schulbau zu beschaffen. Der Referent stellt daher folgende Anträge:

Der Gemeinderath wolle beschließen, sich an den h. krainischen Landtag mit der Bitte zu wenden:

1. Ein Landesgesetz zu erwirken, welches die Stadtgemeinde Laibach ein Lotterielehen bis zum Betrage von 1 Million Gulden nach dem Nennwerthe der Antheilscheine aufzunehmen und die hiezu nöthigen Schritte einzuleiten ermächtigt;
2. für den Fall der Ablehnung dieses Ansehens seitens des h. Landtages oder des h. Reichsrathes ein Landesgesetz zu erwirken, wodurch der Stadtgemeinde zur Deckung der Kosten des Schulgebäudes eine 15prozentige Umlage auf sämtliche direkte Steuern pro 1872 und 1873 bewilligt wird.

Ueber den Punkt 2 entspinnt sich nun eine umfangreiche Debatte. Bilina und Pirker stellen Gegenanträge im Sinne einer Erhöhung des Zinskreuzers statt der Zuschläge zu den direkten Steuern. Dr. Schöppl meint in formeller Beziehung, daß in diesem Falle die Gemeinde im eigenen Wirkungskreise die Zinskreuzer erhöhen könne und eines Landesgesetzes nicht bedürfe. Dr. Kaltenegger und Dr. von Schrey sprechen gegen, der Bürgermeister für die Anschauung Dr. Schöppls. Dr. Suppan beantragt, für den Fall die Erhöhung der Zinskreuzer beschlossen werden sollte, in der Eingabe an den Landtag zunächst die Ansicht zu vertreten, daß die Gemeinde hiezu selbst berechtigt sei und nur versuchsweise, wenn der Landtag anderer Ansicht sein sollte, um ein Landesgesetz zu erwirken. Bei der Abstimmung wird der Antrag 1 der Sektion (Lotterielehen) einstimmig angenommen, Antrag 2 (Zuschläge zu den direkten Steuern) abgelehnt und dafür (nach Kombination der Anträge Bilina's, Pirker's und des Referenten) eine solche Erhöhung des Zinskreuzers beschlossen, daß die Zinsen unter 50 fl. wie bisher frei bleiben, bei Zinsen von 50 bis 100 fl. 2 1/2 kr. per Gulden und bei Zinsen über 100 fl. 5 kr. per Gulden gezahlt werden sollen. In formeller Beziehung wird der obige Antrag Dr. Suppans angenommen.

Dr. Schöppl referirt dann über das Gesuch des Auswanderungsschutzvereins um eine Unterstützung (abgelehnt); über die im 2. Quartale bezahlten Taglöhne an die Wachmänner (wird zur Kenntniß genommen); wegen Liquidirung der Zinskreuzer. Letztere wird beschlossen und das Anerbieten des M. Leskovic, dieselbe als Mitglied der Finanzsektion zu befragen, dankend zur Kenntniß genommen.

**Vorträge der Bauktion:**

M. Stedry referirt über die Hintangabe der Rekonstruktionsbauten an der Kasernbrücke (werden nach dem Vizitationsergebniß mit 3550 fl. an Karl Tauscher überlassen); über die von Karl Tauscher für die Zeit vom 1. Juni bis 31. März gelieferte Bauholzrechnung per 466 fl. 30 kr. (wird genehmigt); über die heutige Schotterlieferung der M. Gorjup und J. Kovac für die Sonnegerstraße per 540 fl. (wird genehmigt).

M. Malitsch referirt über die Herstellung eines Glashauses in Tivoli und beantragt, hiefür 800 fl. zu bewilligen. Ueber den Gegenstand entsteht eine längere Debatte.

M. Bilina will hiefür 1500 fl., Terpin wenigstens 1200 fl. bewilligt wissen. Dr. Pfefferer findet, daß nach einem früheren Beschlusse die Bau- und Finanzsektion die Sache zu prüfen und auf Grund eines genehmigten Projektes bestimmte Anträge zu stellen gehabt hätten; dies sei nicht geschehen und daher die Sache nochmals an die genannten Sektionen zur vollkommenen Durchführung jenes Beschlusses zu leiten.

M. Dr. Schaffer findet ebenfalls, daß die Sache heute so wenig als in der letzten Sitzung spruchreif sei; die Verzögerung trifft aber nicht den Gemeinderath, sondern die betreffenden Sektionen; er unterstützt den Antrag Dr. Pfefferer's. Nach einigen Bemerkungen Dr. Supantschitsch', und Stedry's wird für den Bau des Glashauses ein Maximalkredit von 1200 fl. bewilligt und die Bauktion und das Tivolikomitee mit der Ausführung beauftragt.

**Vorträge der Schulsektion.**

Dr. Schaffer referirt über das Gesuch wegen Remuneration der Lehrer an der 2. städtischen Volksschule für die Ertheilung des Turnunterrichts und beantragt, hiefür 60 fl. für das laufende Jahr zu bewilligen. — Angenommen. Derselbe referirt über die Honorirung der Realschulprofessoren für den Unterricht an der Gewerbeschule und des Direktors der Realschule für die Leitung der Gewerbeschule. In ersterer Beziehung beantragt Referent die systematischen Bezüge per 200 fl. sofort flüssig zu machen, in letzterer aber sich mit der Handelskammer ins Einvernehmen zu setzen, und wenn diese sich zur Zahlung des halben Betrags bereit erklärte, die Honorirung des Direktors für das laufende Jahr mit 100 fl. resp. mit 50 fl. seitens der Gemeinde zu bewilligen. — Angenommen.

Laschan referirt über die Beschaffung eines Lehrzimmers für die neu zu errichtende 4. Klasse der Unterrealschule und beantragt, hiefür das Bibliothekszimmer zu adaptiren und die Bibliothek gegen eine mäßige Entschädigung in der Wohnung Prof. Pirker's unterzubringen. Angenommen mit dem Zusatz Dr. v. Kaltenegger's, daß hiedurch der Frage, ob die Gemeinde die Kosten für diese 4. Klasse allein zu tragen habe, nicht präjudizirt werde.

Dr. v. Kaltenegger referirt wegen Remuneration der Lehrer an der 2. städtischen Volksschule für den Sonntagsunterricht und beantragt, hiefür wie an der 1. städtischen Volksschule 200 fl. zu bewilligen. Angenommen, nachdem ein Antrag Pirker's, eine höhere Remuneration zu bewilligen, gefallen war.

Hierauf folgte noch eine geheime Sitzung, in welcher verschiedene Urlaubs- und Ausflugsbegehre ihre Erledigung fanden, und dann wurde die Verhandlung nach vierstündiger Dauer um 9 Uhr geschlossen.

**Angelommene Fremde.**

Am 11. Juli.

- Elefant.** Vrsch, Kaufm. — Nitti, Ingenieur, Pest. — Seicher, Kaufm., Karlsruhe. — Ballencé, Marine. — Danzer, Hopfenhändler Wien. — Pahnit, Besizer, Kropf. — Weiß, Produzentenhändler. — Petteilheim, Wien. — Koyweiß, Kantelism., Wien.

- Stadt Wien.** Säger, Kaufm., Wien. — Sowan, 1. Artillerie-Hauptmann, Gili. — Kobler, Oberkain. — Turnowsky, Oberarzt, Tarvis. — Hoffer, Wien. — Schindler, Kaufm., Triest. — Reiterer, Kaufm., Graz. — Ruprecht, Kaufm., Wien. — Musquitter, Kanischa. **Baierischer Hof.** Wolter, Journalist, Wien. — Dr. v. Düringshofen, Wien. **Möhren.** Protti, Reisender, Triest.

**Witterung.**

Laibach, 12. Juli. Morgens ganz bewölkt, gegen 8 Uhr Regen, Winddrehung von SW. nach N., stürmischer Nord mit starken Güssen bis 10 Uhr anhaltend, in den Alpen frischer Schneefall. Wärme: Morgens 6 Uhr + 14.2°, Nachmittags 2 Uhr + 11.2° R. (1870 + 26.2°; 1869 + 19.8°). Barometer seit heute Morgens im raschen steigen 325.80". Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 18.0°, um 2.9° über dem Normale. Der heutige Niederschlag 14.55". Vom morgigen Tage St. Margareth sagt der Bauernspruch:

St. Margarethen Regen bringt den Rassen keinen Segen.

**Gedenktafel**

über die am 14. Juli 1871 stattfindenden Vizitationen.  
2. Feilb., Plovic'sche Real., Unterjoch, BG. Eschenembl. — 3. Feilb., Dektwa'sche Real., Prem, BG. Feistritz, Am 15. Juli.  
3. Feilb., Trost'sche Real., Pöbbrög, BG. Wippach. — 3. Feilb., Koval'sche Real., Račna, BG. Laibach. — 1. Feilb., Stare'sche Real., Potinka, BG. Radmannsdorf.

**Telegramme.**

**Dresden, 11. Juli.** Truppeneinzug, an der Spitze der König, welcher dem Kronprinzen den ihm vom Kaiser verliehenen Marschallstab überreichte.  
**New-York, 11. Juli.** Die Irländer drohen mit bewaffnetem Angriff auf die protestantische Prozession am Mittwoch. Militärische Vorsichtsmaßregeln. Ernste Emeute befürchtet.

**Bergheers Theater mit Geister- und Gespenstererscheinungen bei der Sternallee.**

Heute, sowie täglich Abends 8 Uhr, Vorstellung im II. Zirkus. — Dritte Abtheilung: Hans Sachs' Raubermühle, um alte Weiber jung zu machen. (309-4)

**Wiener Börse vom 11. Juli.**

Staatsfonds.	Weil.	Wort.	Leih. Hypoth.-Bant.	Weil.	Wort.
Spec. Rente öst. Pap.	59.15	59.25	95	95.50	
öst. öst. öst. öst.	65.90	69. —			
öste von 1854	94. —	94.50			
öste von 1860, ganz	101.10	101.10			
öste von 1860, Brant.	112.25	112.50			
öste von 1864	123.20	128.70			
Österr. öst. öst.	93. —	94. —			
Ähren, Straß					
A. Aktienland 5	85.75	88. —			
Angar. . . 3/5	89. —	89.25			
Armat. u. Slav. 5	86.25	86.10			
Stebenbürg. 5	76.50	77. —			
Aktion.					
Nationalbank . . .	770. —	771. —			
Union-Bank . . .	165. —	166.50			
Erbschaft . . .	842.90	848. —			
R. 5. Besondere-Bef.	942. —	942. —			
Anglo-österr. Bank	2.4	2.54 25			
Öst. Bodencred. A.	260. —	261. —			
Öst. Hypoth.-Bank	80. —	82. —			
Österr. Escompt.-B.	140. —	146.25			
Franko-Austria	116. —	116.25			
Kauf. Verb.-Verb.	215. —	212.00			
Südbahn-Gesellsch.	175. —	177.10			
Kauf. Elisabeth-Bahn	200.20	220.75			
Kauf. Ludw.-Bahn	146.50	147. —			
Österr. Eisenbahn	171.50	171.75			
Staatsbahn . . .	498. —	499. —			
Kauf. Franz-Josephs	292.70	293. —			
Kauf. Maria Th.	176.25	176.25			
Kauf. Rum. Bahn	176.50	177. —			
Flanchnote.					
Nation. 6. W. Verlob.	51.90	92. —			
Ang. Bnd.-Arbitrat.	89.39	89.60			
Ang. öst. Pap.	106.25	106.50			
öste. in 33 J. rück.	86.80	87. —			
Leih. Hypoth.-Bant.	95	95.50			
Leih. Hypoth.-Bant.	111. —	111.50			
öste. öst. öst. öst.	285. —	285. —			
öste. öst. öst. öst.	105.75	106.25			
öste. öst. öst. öst.	89.10	89.50			
Staatsbahn pr. Stad	139.25	139.75			
Staatsb. pr. St. 1867	138. —	138.50			
Staatsb. (3000 fl. öst.)	91.80	91.50			
Franko-Aust. (100 fl. öst.)	97. —	97.10			
Lease.					
Leih. 100 fl. ö. B.	174.75	175.25			
Leih. Dampf- u. Gef.					
zu 100 fl. ö. B.	—	102. —			
Leih. 100 fl. ö. B.	119. —	121. —			
öste. 50 fl. ö. B.	39. —	39. —			
Leih. 40 fl. ö. B.	34. —	35. —			
Leih. 40 fl. ö. B.	45.50	44. —			
Leih. 40 fl. ö. B.	32.10	33.50			
Leih. 40 fl. ö. B.	38. —	39. —			
Leih. 40 fl. ö. B.	32. —	33. —			
Leih. 40 fl. ö. B.	21.50	22. —			
Leih. 40 fl. ö. B.	15. —	17. —			
Leih. 40 fl. ö. B.	15. —	15.50			
Leih. 40 fl. ö. B.	108.70	108.80			
Leih. 100 fl. ö. B.	105.90	104. —			
Leih. 10 fl. ö. B.	123.55	123.65			
Leih. 100 Francs	48.40	48.50			
Münzen.					
Kauf. Münz. Ducaten.	5.84	5.85			
Leih. 100 fl. ö. B.	9.84	9.85			
Leih. 100 fl. ö. B.	1.85	1.83			
Leih. 121.75.	121.25	121.75			

**Telegraphischer Wechselkurs vom 12. Juli.**

5proz. Rente österr. Papier 59.25. — 5proz. Rente österr. Silber 68.90. — 1860er Staatsanlehen 101. —. — Bankaktien 768. — Kreditaktien 280.40. — London 123.40. — Silber 121.75. — A. f. Münz-Dukaten 5.84. — Napoleonsd'or 9.83 1/2.